



Mitteilungen des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb

Landesverband Rheinland-Pfalz
Telefon: 06131/67 63 38

Adam-Karrillon-Str. 62
Internet: www.rlp-brh.de

55118 Mainz
E-Mail: banten@rlp-brh.de

Ausgabe 8/2016

November/Dezember 2015

Sehr geehrte Kolleginnen,
sehr geehrte Kollegen,

die Herbstmonate September bis November sind immer beliebte Tagungsmonate für alle möglichen Gremien wie Vereine und Gewerkschaften. Für den Seniorenverband BRH Rheinland-Pfalz, vertreten durch die Mitglieder der Landesleitung, waren das die Tagung der Bundes-Seniorenvertretung am 26. und 27. September in Berlin, die Sitzung des Arbeitskreises Senioren des dbb Rheinland-Pfalz sowie die Gesellschafterversammlung und die Landesvorstandssitzung des Seniorenverbandes BRH am 17. November.

Bei der Sitzung der Bundessenorenvertretung wurde der BRH Rheinland-Pfalz durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden Klaus Peter Fink vertreten. Diese Veranstaltung stand u. a. auch unter dem Motto „Hat der Generationenvertrag noch Zukunft“. Im Mittelpunkt der Seniorenpolitischen Fachtagung stand die Finanzierbarkeit von Renten und Pensionen. Experten und Praktiker suchten nach langfristigen Lösungen für die unterschiedlichen Alterssicherungssysteme. Die wichtigste Frage: Wird der Generationenvertrag auch im Jahr 2050 noch Bestand haben? Wahrscheinlich Ja, so lauteten die Antworten.

Der Arbeitskreis Senioren traf sich am 13. Oktober in Mainz zu seiner 19. Sitzung. Von den Teilnehmern wurde befürchtet, dass sich die negative Versorgungsspirale, ausgelöst durch eine Initiative aus Baden-Württemberg, in Gang setzt und es auch in Rheinland-Pfalz zu einer Absenkung des Versorgungsniveaus kommen könnte. Nach Aussage des dbb Bundesvorsitzenden Klaus Dauderstädt, besteht im Bundestag eine latente Mehrheit für die Einbeziehung der Beamten in die Sozialversicherungen. Diese Forderung, insbesondere die Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung, wurde von den Mitgliedern des Arbeitskreises abgelehnt.

Gegen das Gespräch der dbb-Landesleitung mit der AfD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag zur Feststellung beamtenpolitischen Zielsetzungen dieser Partei wurden keine Einwendungen erhoben. Es wurde aber gefordert, sich mit der AfD und ihren Zielen kritisch auseinanderzusetzen.

Bei der zur Zeit anstehenden Rentendebatte sollte sich auch der dbb für die Gleichbehandlung aller Mütter bei der Mütterrente einsetzen. Die Angleichung der Mütterrente sei noch wichtiger als die Angleichung der Rente Ost. Nach einer Veröffentlichung der Bertelsmann Stiftung liegt das Rentenniveau im Osten deutlich höher als im Westen. Die geringsten Renten für Frauen werden bundesweit im Landkreis Kusel gezahlt, die geringsten Renten für Männer im Landkreis Bitburg-Prüm.

Zur Besoldungssituation wurde festgestellt, dass das Land Rheinland-Pfalz die „Rote Laterne“ von Berlin übernommen habe und auf dem letzten Platz aller Bundesländer steht. Über dem Bundesdurchschnitt liegen nur die Beamten des Bundes, die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Rheinland-Pfalz liegt 4.4. % unter dem Bundesdurchschnitt auf Platz 17.

Thema war auch das Urteil des Bundesgerichtshofs zur Patientenverfügung. Der Arbeitskreis Senioren rät hier zu Besonnenheit, weil nicht alle Verfügungen rechtlich anfechtbar

sind. Hier sollte man abwarten, bis neue Empfehlungen der Sozialverbände bzw. neue Broschüren der Ministerien vorliegen.

In den Sitzungen von dbb Landesvorstand und -Hauptvorstand ging es verständlicherweise um die vorgesehenen 2000 Stelleneinsparungen im Landeshaushalt. Auffällig war, dass einige Verwaltungsbereiche frühzeitig gut informiert waren, andere jedoch überhaupt nicht und auch später keine Informationen erhielten. Am 12. September hatte sich der dbb Rheinland-Pfalz zu einem Spitzengespräch mit dem Finanzministerium und dem Ministerium des Innern getroffen, in dem die Grundzüge der Abbaupläne mündlich präsentiert wurden. Unterlagen erhielt man anlässlich dieses Gespräches nicht. Zwei Tage nach dem Spitzengespräch, am 14. 09., berichtete die „Rheinpfalz“ ausführlich über den geplanten Personalabbau, während der dbb Rheinland-Pfalz weiterhin zum Stillschweigen verpflichtet war.

In diesem Zusammenhang wurde auch die ausgebliebene Einladung der SPD-Landtagsfraktion und des Bündnis 90/Die Grünen zu einem Gespräch mit dem dbb thematisiert. Der Fraktionsvorsitzende der SPD Fraktion, Alexander Schweitzer, erläuterte die Gründe auf die schriftliche Anfrage des dbb. Das Terminangebot sei bisher ausgeblieben, da man sich über den Umgang des dbb mit der AfD (Gespräch am 24.06.2016) geärgert habe. Die Landesvorsitzende Lilli Lenz teilte Herrn Schweitzer daraufhin mit, dass die AfD von Bürgern gewählt sei und als legale Partei auch eine Berechtigung auf eine Gesprächsbearbeitung habe. Zudem sei die AfD als erste Partei auf den dbb Rheinland-Pfalz wegen eines Gesprächstermins zugekommen. Der dbb Rheinland-Pfalz hat dieses Angebot ausführlich in den Gremien von Vorstand und Hauptvorstand erörtert und laut Gremienbeschluss den Termin wahrgenommen. Das Gespräch sei in konstruktiver Weise verlaufen. Auf die übliche Presseerklärung und ausführliche Berichterstattung habe man jedoch verzichtet und lediglich einen Artikel in der Mitgliederzeitung veröffentlicht.

Am 17. November fanden die Gesellschafterversammlung der Versicherungs-GmbH und die Landesvorstandssitzung des BRH Rheinland-Pfalz statt. Kernpunkt der Gesellschafterversammlung war der einstimmige Beschluss über die Auflösung der Versicherungs-GmbH. Die Vorbereitungen über die Übernahme der Versicherten durch die Novantis GmbH waren durch Beschlüsse vorbereitet und durch die Geschäftsstelle umgesetzt worden, so dass die Übernahme zum 1. Januar 2017 erfolgen kann. Die Versicherten des BRH Rheinland-Pfalz wurden einzeln angeschrieben und auf die bevorstehenden Änderungen hingewiesen. Die Überschussanteile der BRH-Versicherungs-GmbH Rheinland-Pfalz wurden bzw. werden im Laufe dieses Jahres ausgezahlt. Die garantierte Versicherungssumme und die Überschussanteile der DBV werden bei Fälligkeit der Versicherung ausgezahlt.

Mit kollegialen Grüßen



Landesvorsitzender